

Nein zur Reform der Altersvorsorge 2020

Das Schweizer Volk hat die Reform der Altersvorsorge 2020 abgelehnt

Das Bundesgesetz über die Reform der Altersvorsorge 2020 wurde mit rund 52,7% Nein-Stimmen verworfen. Auch der Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer fand keine Zustimmung, da 13,5 Kantone und Halbkantone Nein sagten und auch das Volk die Vorlage hauchdünn mit etwas mehr als 2'000 Stimmen Differenz ablehnte.

Somit werden weder die vom Parlament am 17. März 2017 verabschiedeten Gesetzesbestimmungen noch die Verfassungsänderung betreffend der Erhöhung der Mehrwertsteuer in Kraft treten. Die Mehrwertsteuer sinkt damit per 1. Januar 2018 von aktuell 8,0% auf 7,7%.

Unbestritten bleibt jedoch, dass in absehbarer Zeit Massnahmen ergriffen werden müssen, damit die Finanzierung der Altersvorsorge künftig gesichert werden kann. Ein Beispiel dafür ist der zu hohe BVG-Mindestumwandlungssatz von 6,8%, welcher aufgrund des Ausgangs der Abstimmung weiterhin Geltung hat und bei reinen BVG-Minimalplänen sowie bei Vorsorgeplänen nahe am BVG hohe Pensionierungsverluste verursacht.

Wie der Bund auf die Ablehnung der Reform reagieren wird und welche weiteren Schritte er für die Sicherung der Altersvorsorge vornehmen wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht bekannt und bleibt abzuwarten.

Unabhängig vom Ausgang der Abstimmung sollte eine allfällige Anpassung des Umwandlungssatzes und anderer wichtiger versicherungstechnischer Grössen an das aktuelle Umfeld mit tiefen Zinsen sowie steigender Lebenserwartung geprüft werden. Viele Pensionskassen haben bereits entsprechende Anpassungen umgesetzt oder eingeleitet.

Wenn Sie diesbezüglich oder zum abgelehnten Reformpaket Fragen haben, nehmen Sie bitte mit Ihrem zuständigen Ansprechpartner Kontakt auf oder wenden Sie sich an Jürg Walter, juerg.walter@libera.ch, Telefon 043 817 73 00.

Freundliche Grüsse
Libera AG

Jürg Walter Dr. Matthias Wiedmer

25. September 2017